LANDKREIS AURICH | Der Landrat

Sitzungsniederschrift

22. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort:		
Hotel "Alte Schmiede", Esenser Str. 295, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:
01.10.2020	**15:05 Uhr**	**19:26 Uhr**

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Sell, Erwin	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Beekhuis, Jochen	AKSBG	
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU
Bienhoff-Topp, Ida		
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	BWM	Gruppenvorsitzende BWM
Busker, Hinrich	SPD	
Constant, Franz	AKSBG	Gruppenvorsitzender AKSBG
Feldmann, Rainer	Feldmann/Trei	Gruppenvorsitzender Feldmann/Trei
Fohrden, Siebelt	CDU	
Frerichs, Theo	CDU	
Gerdes, Hilko	CDU	Stv. Landrat
Gossel, Arnold	CDU	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Erich	SPD	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	

Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Meinen, Olaf		Landrat
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Moroni, Hayo F.	FW	
Odens, Roelf	CDU	
Reinders, Hermann	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Roß, Helmut	AKSBG	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	Gruppenvorsitzender FW/Feldmann/Trei
Tammen, Harald	CDU	
Terfehr, Hans	SPD	
Tjaden, Hinrich	CDU	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trei, Hilko	Feldmann/Trei	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Ubben, Hilde	AKSBG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Wienbeuker, Johann	AKSBG	
Wirsik, Petra	BWM	

Verwaltung

Ahten, Eiko	Baudezernent
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Habicht, Vera	Protokollführerin
Kleen, Holger	

Möhlmann, Linda	
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Saathoff, Irene	
Wessels, Laura	Protokollführerin
Burmeister, Torsten	Amt für Kinder, Jugend und Familie
Kramer, Christian	Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz
von Prüssing, Matthias	Amt für Kinder, Jugend und Familie

Nicht anwesend:

Mitglieder	
Akkermann, Hermann	SPD
Albrecht, Hinrich	SPD
Bargmann, Bodo	CDU
Erdmann, Erwin	CDU
Feldmann, Julia	SPD
Forster, Hans	SPD
Harm-Rehrmann, Angela	SPD
Looden, Holger	AfD
Pickel, Sascha	SPD
Röben, Hinrich	SPD
Sikken, Wolfgang	CDU

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschriften - öffentlicher Teil - vom 09.07.2020 und 14.07.2020
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG, Finanzstatusprüfung Region Hannover und 14 Landkreise Vorlage: IX/2020/165
7.	Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit Vorlage: IX/2020/166

7.1.	Berufung der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Oldenburg Vorlage: IX/2020/178
8.	Erhöhung der Bisamfangprämie und Einführung einer Fangprämie für Nutria Vorlage: IX/2020/154
9.	Unterstützungszusage des Kreistages zur Weiterförderung des Mehrgenerationenhauses der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH Vorlage: IX/2020/135
10.	Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Naturschutzgebiet „Großes Meer, Loppersumer Meer“ Vorlage: IX/2020/158
11.	Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Naturschutzgebiet „Groen Breike“ Vorlage: IX/2020/159
12.	Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ostfriesische Meere“ Vorlage: IX/2020/160
13.	Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII Vorlage: IX/2020/162
14.	Satzung zur Aufhebung der Satzung der Landkeis Aurich - Jobcenter kAöR Vorlage: IX/2020/177
15.	Ernennung eines stellvertretenden Abschnittsleiters für den Brandschutzabschnitt Nord des Landkreises Aurich Vorlage: IX/2020/174
16.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 21.09.2020; Absage des Brenntages / Osterfeuer 24.10.2020 Vorlage: IX-AF/2020/029
17.	Bericht des Landrates
17.1.	Endlagerung von Atommüll
17.2.	Aktuelle Corona-Entwicklung
17.3.	Corona-Tests an der Waldorfschule
17.4.	Aufnahme von Flüchtlingskindern
17.5.	Parteiarbeit in der Kreisverwaltung
17.6.	Kernkraftwerk Eemshaven
18.	Einwohnerfragestunde
19.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
19.1.	Hygienekonzept bei Kreistagssitzung
19.2.	Durchführung einer Haushaltsklausur
19.3.	Verkehrsanbindung der Zentralklinik
19.4.	Bundesweiter Warntag
20.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Sell eröffnete um 15:04 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Sell stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Abg. Constant beantragte für die Gruppe AKSBG den Tagesordnungspunkt 14 „Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII (Vorlage: IX/2020/162)“ abzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 1

➡ **mehrheitlich beschlossen**

Abg. Seelgen erklärte, sie habe eine Liste mit Unterschriften zum Tagesordnungspunkt 17 vorliegen und fragte, ob Sie diese bei der Behandlung des TOPs übergeben dürfe. **Landrat Meinen** sagte dies zu.

Vorsitzender Sell teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 um den Tagesordnungspunkt 7.1 „Bestellung der ehrenamtlichen Richter/-innen fürs Verwaltungsgericht Oldenburg (Vorlage: IX/2020/178)“ erweitert wird. Der Tagesordnungspunkt 13 „7. Bauvorvermarktung / zusätzlicher Adressenausbau der ersten Ausbaustufe (Vorlage: IX/2020/176) wird gestrichen.

Vorsitzender Sell wies darauf hin, dass der Antrag unter Tagesordnungspunkt 17 verfristet eingegangen sei, es sich aber um einen Dringlichkeitsantrag handeln würde. Er ließ darüber abstimmen, ob der Antrag behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➡ **einstimmig beschlossen**

Die Tagesordnung wird in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschriften - öffentlicher Teil - vom 09.07.2020 und 14.07.2020**

Abg. Roß erklärte zum Protokoll vom 14.07.2020 auf Seite 6, er habe lediglich gefragt, ob das Wort "Enteignung" gefallen sei und nicht, ob man darüber diskutiert habe. Zudem sei in der Presse über die Gespräche mit der Landwirtschaft gesprochen worden und dabei habe man Dieter Dirksen vergessen. Dieser sei jedoch nachweislich dabei gewesen, was auch Herr Eppmann im Nachhinein bestätigt habe.

Im Protokoll fehle zudem im Zusammenhang mit Aerosolen seine Aussage zu Desinfektionsmitteln, so **Abg. Roß**. Er habe einen Bericht dazu gesehen, dass die Desinfektionsmittel nicht für den Allgemeingebrauch zugelassen seien. Daher sei es fragwürdig, wenn man diese in den Sitzungen verwende.

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 09.07.2020 wird mit Änderungen des Abg. Roß genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Eine **Bürgerin aus Aurich** äußerte, dass mit dem Abbrennen von über 620 Reisig- und Gartenabfallhaufen viele Tiere vertrieben, verbrannt oder gequält würden. In § 39 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG) sei geregelt, dass niemand einem Tier, ohne vernünftigen Grund, Leiden oder Schaden zufügen dürfe und sie frage sich, ob ein solcher Grund hier vorliegen würde.

Baudezernent Ahten wies darauf hin, dass die Zuständigkeit für die nachgeholten Osterfeuer bei den Gemeinden liege. Zudem sei der § 39 BNatschG in diesem Fall nicht einschlägig. Ein vernünftiger Grund sei aber u.a. die Brauchtumspflege. Es gebe auch einen Erlass vom Land, der die Möglichkeit der nachgeholten Brauchtumsfeuer einräume. Die Gemeinden müssten nun eigenständig festlegen, ob davon Gebrauch gemacht werde.

Eine **Bürgerin aus Aurich** fragte, wer von den Fraktionen Zeit dafür habe, Gespräche über die Kindertagespflege zu führen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert lud die Bürgerin in eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ein, um dort über die Arbeit der Kindertagespflege zu berichten.

Vorsitzender Sell erklärte zudem, dass er sich sicher sei, dass auch die Fraktionsvorsitzenden bereit seien, sich über die Kindertagespflege zu unterhalten.

Ein **Bürger** aus Aurich erklärte, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.09. sei von einem Kostenmehraufwand gesprochen worden, der in der vorliegenden Be-

schlussvorlage nicht mehr auftauche. Er fragte, ob die vom Land aufgestellte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Kindertagespflegebereich bei der Ermittlung des Kostenaufwandes berücksichtigt worden sei und ob die Absichtserklärung der niedersächsischen großen Koalition bei der Erstellung der vorliegenden Satzung beachtet worden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte kurz den Inhalt der Satzung und erklärte, dass die in den Fachausschüssen beschlossenen Änderungen nicht in die Kreistagsvorlage eingearbeitet worden würden.

Ein **Vertreter des Landwirtschaftlichen Hauptvereins aus Aurich** bedankte sich bei den Mitarbeitern der unteren Naturschutzbehörde für die sehr angenehmen und konstruktiven Gespräche im Rahmen der Sicherung der Natura 2000-Gebieten.

Eine **Bürgerin aus der Krummhörn** wandte sich bzgl. der Satzung zur Kindertagespflege an die CDU-Fraktion und fragte, ob die im Koalitionsvertrag des Landes angeführte Wertschätzung auch im Landkreis Aurich so gelebt werde.

Vorsitzender Sell wies darauf hin, dass die Fragen so gestellt sein müssten, dass entweder er oder die Verwaltung diese beantworten könnten.

Eine **Bürgerin aus Großefehn** fragte, wieviele Brauchtumsfeuer im letzten Jahr im Landkreis Aurich stattgefunden hätten und in welchem Verhältnis diese zu den Zahlen in diesem Jahr stehen würden.

Landrat Meinen erklärte, ihm seien die Zahlen aus dem letzten und auch aus diesem Jahr nicht bekannt, da die Zuständigkeiten bei den jeweiligen Gemeinden liege. Er wies noch einmal darauf hin, dass es sich um Brauchtumsfeuer und nicht um die von früher bekannten Brenntage handeln würde. Das Brauchtum solle auch weiterhin gepflegt werden.

TOP 6 **Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG, Finanzstatusprüfung Region Hannover und 14 Landkreise**
Vorlage: IX/2020/165

Abg. Jeromin-Oldewurtel erklärte, Sie wünsche sich eine frühere Befassung mit dem Haushalt für das nächste Jahr. In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses Anfang Dezember werde erst der 3. Budgetbericht vorgestellt, dies sei einfach zu spät. Sie schlage vor, dass man sich mit allen Amtsleitern zusammensetze und schauen müsse, wo man noch sparen könne. Sie frage sich, ob man nicht ein Gutachten über die finanzielle Ausstattung beim Landkreis Aurich erstellen lassen könnte, so wie man es z.B. bei der Stadt Norden gemacht habe. Dort sei damals herausgekommen, dass dort zu viele Mitarbeiter beschäftigt seien.

Landrat Meinen wies darauf hin, dass die Politik einen Großteil an Aufgaben an die Verwaltung übertrage, die damit nichts für die hohen Kosten könne. Außerdem dürfe man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, der Landkreis Emsland habe zwar doppelt so viele Einwohner wie der Landkreis Aurich aber genau so viele Mitarbeiter. Es gebe einfach strukturelle Unterschiede, die man nicht unterschätzen dürfe.

Abg. Feldmann erklärte, die Aussage zum Gutachten bei der Stadt Norden könne man so nicht stehenlassen, da sich das Ergebnis als haltlos erwiesen habe. Man müsse schon die richtigen Aussagen treffen.

Der Kreistag nimmt die überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG, Finanzstatusprüfung Region Hannover und 14 Landkreise zur Kenntnis.

TOP 7 **Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit**
Vorlage: IX/2020/166

Landrat Meinen erklärte das Verfahren.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen werden die nachfolgend aufgeführten Personen für die Wahl zur ehrenamtlichen Richterin bzw. zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Aurich vorgeschlagen:

1. **Frau Karin Djuren**
2. **Herr Ewald Broer**
3. **Frau Jannette Degenhardt**
4. **Frau Anja Wachsmann**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 7.1 **Berufung der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Oldenburg**
Vorlage: IX/2020/178

Benennung von 24 Personen für die Aufstellung einer Vorschlagsliste anlässlich der Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern für die Wahlperiode 21.07.2020-20.07.2025

SPD	**Florian Eiben**
	Antje Harms
	Julia Feldmann
	Anita Biller
	Hannelore Poppinga-Hansen
	Alfred Meyer
	Stefan Schneider
	Barbara Kleen
	Helene Krull-Weber,
CDU	**Theo Frerichs**

	Arnold Gossel **Hermann Reinders** **Roelf Odens** **Friedhelm Jelken** **Siebelt Fohrden**
FW/FDP/Feldmann	**Herta Hinrichs-Dettmers** **Hans Freese**
AKSBG	**Hilde Ubben** **Johann Wienbeuker**
AfD	**Jan-Adolf Looden** **Detlef Stauß**
Bündnis 90/DieGrünen	**Angelika Albers**
BWM	**Maike Meyerholz**
Die Linke.	**Reinhard Warmulla**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Erhöhung der Bisamfangprämie und Einführung einer Fangprämie für Nutria**
Vorlage: IX/2020/154

1) Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt, dass sich der Landkreis Aurich ab dem Jahr 2020 mit 2,50 € pro gefangenem Bisam an der durch die Deich- und Sielverbände ausgezahlten Bisamfangprämie beteiligt und damit weiterhin 50 % der angefallenen Kosten übernimmt.

2) Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt, dass sich der Landkreis Aurich ab dem Jahr 2020 zur Sicherung des Küsten- und Hochwasserschutzes mit 4,00 € pro erlegter Nutria an der durch die Deich- und Sielverbände ausgezahlten Nutriafangprämie beteiligt und damit 50 % der angefallenen Kosten übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Unterstützungszusage des Kreistages zur Weiterförderung des Mehrgenerationenhauses der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH**
Vorlage: IX/2020/135

Der Kreistag beschließt, dass zur Förderung und Umsetzung des Förderschwerpunktes das Mehrgenerationenhaus Norden mit 15.000 €/Jahr gefördert wird.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Naturschutzgebiet „Großes Meer, Loppersumer Meer“**
Vorlage: IX/2020/158

Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 10 – 12:

Christian Kramer erläuterte anhand einer Präsentation die Sicherung der Natura 2000-Gebiete und die Verordnungen über die Naturschutzgebiete.

Abg. Looden erklärte, die AfD lehne die Ausweisung der Naturschutzgebiete ab. Diese hätten nicht nur Vorteile, wie z.B. das Sandwater in Simonswolde oder Janssens Tuun in Emden zeigen würden. Außerdem sollte der Wald und nicht nur die Wiesen mehr geschützt werden.

Abg. Constant wies darauf hin, dass 6265 Hektar alleine als Naturschutzgebiete für den Wiesenschutz ausgewiesen seien, mit dem Umgebungsschutz sogar noch 1080 Hektar mehr. Man gehe große Einschränkungen ein, um den Schutzstatus zu erhalten. Zudem seien im Rahmen des Managementplans viele Absprachen mit der Naturschutzbehörde notwendig. Die eingegangen Einwendungen hätten sich in einem überschaubaren Rahmen gehalten. Man dürfe bei dem ganzen Thema jedoch die Landwirtschaft nicht außer Acht lassen. Es sei weiterhin wichtig, dass auch vor Ort produziert werde.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Verordnungen liege beim Wiesenvogelschutz. Dieser stelle einen Konfliktpunkt zu den kleinen Wäldchen dar, da etliche Bäume entfernt werden müssten. Damit schaffe man ein weiteres Problem im Hinblick auf Fluchtdistanzen. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Wäldchen am Rand der Gebiete nicht abgeholzt würden.

Abg. Kleen dankte im Namen der SPD-Fraktion Herrn Kramer und seinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Arbeit. Die Natur sei nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Erholung, Tourismus und Sport erforderlich. Es sei gelungen, die Einwendungen in einem kleinen Rahmen zu halten. Damit zeige sich die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Abg. Altmann sprach der Verwaltung ebenfalls ihren Dank aus. Man sei zur Ausweisung verpflichtet gewesen. Sie sei am Ende mit dem Ergebnis nicht zu 100 Prozent zufrieden, da der Naturschutz hinten an stehen würde. Die Landwirtschaft habe zu-

dem keinen Grund sich zu beklagen. Die Umsetzung sei nun ein langer Weg und man habe sich mehr Naturschutzgebiete statt Landschaftsschutzgebiete gewünscht. Alles in allem könne man den Verordnungen aber die Zustimmung erteilen.

Abg. Odens erklärte, man müsse mit den vorliegenden Verordnungen die Beschlüsse vom Land von vor 20 Jahren ausbaden. Die Verwaltung sei gut auf die Betroffenheiten eingegangen. Viele Bürger wüssten gar nicht, was auf den Feldern und Wiesen in der Umgebung so los sei. Teilweise würden sogar Existenzen daran hängen. Man müsse daher aufpassen, dass man nicht noch mehr Flächen ausweise. Diese Prüfung sei jedoch bei der Kreisverwaltung besser aufgehoben als beim Land.

Abg. Bracklo lobte die Mitarbeiter der Verwaltung für ihre hervorragende Arbeit. Man könne gar nicht genug für den Tier- und Naturschutz tun. Positiv zu bewerten sei auch, dass mit allen Beteiligten geredet worden sei. Sie appellierte, dass auch bei anderen Tagesordnungspunkten so transparent gehandelt werden solle.

Landrat Meinen erklärte, im Frühjahr habe man eine fachaufsichtliche Weisung vom niedersächsischen Umweltminister erhalten, mit der Forderung, Natur- und Landschaftsschutzgebiete zu beschließen. Die Motivation dabei sei auch gewesen, alle Beteiligten von Anfang an umfangreich einzubeziehen. Bis zur letzten Woche habe es noch Probleme mit den Gewässerrandstreifen gegeben aber auch dies habe man noch lösen können. **Landrat Meinen** bat um Zustimmung und wies darauf hin, dass das Naturschutzgebiet Fehntjer Tief noch in Arbeit sei und wahrscheinlich in der nächsten Sitzung beschlossen werde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Erlass der Verordnung über das Naturschutzgebiet (NSG) „Großes Meer, Loppersumer Meer“ gem. § 23 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 16 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in den Gemeinden Südbrookmerland und Hinte auf dem Gebiet des Landkreises Aurich wird beschlossen. Der Beschluss wird unter Abwägung der im öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahren geäußerten Anregungen und Bedenken gefasst.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0

➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 11 **Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Naturschutzgebiet „Groen Breike“**
Vorlage: IX/2020/159

Der Erlass der Verordnung über das Naturschutzgebiet (NSG) „Groen Breike“ gem. § 23 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 16 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in den Gemeinden Südbrookmerland und Ihlow auf dem Gebiet des Landkreises Aurich wird beschlossen. Der Beschluss wird unter Abwägung der im öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahren geäußerten Anregungen und Bedenken gefasst.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0

➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 12 **Sicherung von Natura 2000 - Gebieten: Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ostfriesische Meere“**
Vorlage: IX/2020/160

Der Erlass der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Ostfriesische Meere“ gem. § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 19 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) in den Gemeinden Südbrookmerland, Ihlow, Hinte, Upgant-Schott und Wirdum auf dem Gebiet des Landkreises Aurich sowie im Stadtteil Uphusen/Marienwehr der kreisfreien Stadt Emden wird beschlossen. Der Beschluss wird unter Abwägung der im öffentlichen Auslegungs- und Beteiligungsverfahren geäußerten Anregungen und Bedenken gefasst.

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fall, dass die auf der Grundlage des sog. „Niedersächsischen Weges“ geplanten Änderungen des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) im Hinblick auf einen finanziellen Ausgleich für das Verbot des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Gewässerrandstreifen dazu führen, dass im LSG „Ostfriesische Meere“ keine Ausgleichszahlungen auf der Grundlage des NWG gewährt werden, einen Änderungsentwurf zu erarbeiten. Diese Änderungsverordnung soll eine Aufhebung des Gewässerrandstreifens in der LSG-Kulisse zum Regelungsinhalt haben.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0

➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 13 **Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII**
Vorlage: IX/2020/162

Erster Kreisrat Dr. Puchert gab eine kurze Einleitung in das Thema. Er erklärte, die Abgeordneten müssten sich dem Interesse aller verpflichtet fühlen. Der vorliegende Entwurf der Satzung sei ein Ausdruck von Gesamtverantwortung und solle alle Interessen balancieren. Zudem sei die Satzung nicht statisch, sondern müsse regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Es werde nun eine Gebührengerechtigkeit geschaffen. Man dürfe jedoch bei der ganzen Diskussion nicht vergessen, das Wohl des Kindes in den Blick zu nehmen. Die Tagespflegefamilien seien keine Ersatzfamilien.

Matthias von Prüssing und **Torsten Burmeister** stellten anhand einer Präsentation die Inhalte der Satzung vor. **Matthias von Prüssing** beantwortete zwischendurch Fragen aus dem Kreistag.

Abg. Ubben erklärte, das Thema Kindertagespflege dürfe nicht am Rand mit abgehandelt und mit der Brechstange beschlossen werden. Die Mütter und Väter, die fremde Kinder in ihren Haushalt aufnehmen würden, würden über ein hohes Maß an Sozialkompetenz verfügen. 80% der Tagespflegekinder aus Aurich würden aus einem Haushalt mit nur einem Erziehungsberechtigten kommen. Das SGB VIII lege Personengruppen fest, die Anspruch auf Förderung in der Tagespflege hätten.

Seit dem 17.09.2020 befasse man sich nun mit der vorliegenden Satzung. Im Jugenhilfeausschuss sei diese vorgestellt worden, es gebe aber nach wie vor viele Unklarheiten. Klar sei zwar, dass die Satzung neu gefasst werden müsse, unklar sei aber, welcher Teil der Satzung änderungsbedürftig sei.

Im Weiteren erinnerte **Abg. Ubben** an das Gute-Kita-Gesetz, in dem im Jahr 2019 Verträge mit einzelnen Bundesländern geschlossen wurden. Darin unterstützt das Land bis 2022 mit rund 526 Millionen €. Zum 01.08.2020 sollten zudem höher qualifizierte Tagespflegeeltern mehr Geld aus Bundesmitteln erhalten. Auch der Landkreis sei bei der Stärkung der Kindertagespflege gefragt. Es könne nicht sein, dass Tagespflegeeltern verlässliche Vertretungsregelungen sicherstellen sollten, dies sei Aufgabe des Landkreises.

Zudem würden auch die Bezahlung der Tagespflegeeltern nicht ausreichen. Bei drei zu betreuenden Kindern an 40 Stunden in der Woche bleibe nach Abzug der Betriebskostenpauschale ein Verdienst von 1260€, von dem auch Sozialleistungen gezahlt werden müssten. Netto blieben am Ende weniger als 1000€ für die Betreuung von drei kleinen Kindern zwischen 0 und 3 Jahren. Nach der alten Satzung wäre es noch deutlich weniger.

Die neue Satzung stelle zwar eine Verbesserung dar, diese sei allerdings nicht ausreichend, so **Abg. Ubben**. Es müsse den Mitgliedern des Kreistages eine Herzensangelegenheit sein, diese Säule im sozialen Bereich zu stärken und zu fördern. Daher müsse die Satzung in Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe Aurich für Kindertagespflegepersonen überarbeitet werden. Denn ohne Tagespflegepersonen sei der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze nicht zu gewährleisten.

Abg. Warmulla erklärte, man habe eine schnellstmögliche Überarbeitung der Satzung gefordert, die nun vorliege, mit der er aber nicht zufrieden sei. Der Entwurf sei nicht mehr als eine Beruhigungspille ohne Langzeitwirkung. Einige Nachbarkommen würden deutlich mehr zahlen, da sich aber auch die Ansprüche in den letzten Jahren vergrößert hätten. Erster Kreisrat Dr. Puchert habe im Kreisausschuss gesagt, für die Verwaltung sei die neue Satzung der erste Aufschlag. In den Argumentationen werde immer auf das große Ganze hingewiesen. Bei den Tageseltern zu sparen gehöre aber nicht dazu.

Bei der politischen Entscheidung habe man nur einen kleinen Spielraum, so **Abg. Warmulla**. Man müsse aufpassen, dass man beim Landkreis keine 2-Klassen-Arbeitnehmergesellschaft schaffe. Die Satzung sei zudem viel zu spät vorgelegt worden, sodass man keine richtige Gelegenheit gehabt habe, sich ausführlich damit zu beschäftigen. Er habe auch nach mehrmaligem Anfragen die Satzung nicht im Vorhinein zugesendet bekommen.

Im Weiteren erläuterte **Abg. Warmulla** den Änderungsantrag zur Satzung. Eine Spitzabrechnung sei nicht hinnehmbar, eigentlich müsse die Berechnung auf Basis der Wochenarbeitszeit erfolgen. Die Gegenüberstellung sei zudem viel zu spät vorgestellt

worden. Neben der Erklärung zur Beitragsbemessungsgrenze würden noch weitere Dinge in der Satzung fehlen, wie z.B. auch die Regelungen für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf. Zudem sei der Landkreis für die Vertretungsregelungen zuständig und nicht die Tageseltern. Insgesamt hätten die Tageseltern mehr Wertschätzung verdient.

Abg. Tammen erklärte, man habe mit der vorliegenden Satzung einen Kompromiss gefunden, der allen Beteiligten gerecht werde. Die Tagespflegeeltern sollten keine Konkurrenz zu den im Landkreis ansässigen Kitas etc. darstellen. Mit den Änderungen durch die jetzige Satzung sei die vorher geäußerte berechtigte Kritik umgesetzt worden. Das Kindeswohl stehe bei allem im Vordergrund. Dennoch sei eine Evaluierung der Satzung nach spätestens zwei Jahren erforderlich. Insgesamt stehe die CDU-Fraktion hinter dem vorliegenden Entwurf.

Abg. Seelgen erklärte, der Begriff "Förderleistungen" aus dem Vortrag sei irreführend. Die Zahlungen an die Tageseltern sei ein Lohn für geleistete Arbeit, sie frage sich, warum man diesen Begriff nicht verwende. Am Ende wären es aber auch nur 2,05 € Arbeitslohn, den die Tageseltern erhalten würde. Dies sei als Lohn viel zu gering. Der Landkreis übernehme zudem nur die Hälfte der Sozialversicherungskosten und die private Altersvorsorge müsse auch noch erwirtschaftet werden. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Arbeit der Tageseltern besser bezahlt werden müsse.

Abg. Looden forderte eine Überarbeitung der Satzung, der jetzigen könne man so nicht zustimmen. Es seien unter anderem mindestens 30 Tage Urlaub notwendig, unabhängig von Fehltagen der Kindern. Zudem sei nicht ersichtlich, wodurch der Mehraufwand in Höhe von 450.000 € entstehe. Die Satzung solle in einem Jahr noch einmal überprüft werden. Eigentlich sei bereits mit dieser Satzung eine Erhöhung der Gehälter um 37 % notwendig, wenn man eine Hochrechnung aus den letzten acht Jahren vornehme. **Abg. Looden** schlug vor, die Satzung an die Satzung aus dem Landkreis Leer anzupassen.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erinnerte daran, dass man sich schon über ein Jahr mit der Satzung beschäftige und sie am Ende immer noch nicht ausreichend sei. Es werde immer wieder betont, man wolle ein familienfreundlicher Landkreis sein. Eine qualifizierte Kinderbetreuung sei dabei nur mit Hilfe von Tagesmüttern möglich, die Krippen und Kitas könnten den Aufwand nicht alleine stemmen.

Die Satzung sei zudem nicht gerichtsfest, so **Abg. Jeromin-Oldewurtel**. Laut eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2018 gelte ein Lohn von 2,70 € als gerecht. In einem Klageverfahren einer Tagesmutter seien dieser zudem 5 € Stundenlohn zugestanden worden. Die Sicht der Frauen sei bei den Verhandlungen über die Satzung völlig außer Acht gelassen worden. Sie hätte sich daher auch die Anwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten gewünscht, erklärte **Abg. Jeromin-Oldewurtel**. Die Tagesmütter würden die Aufgaben grundsätzlich gerne übernehmen, müssten dafür aber auch entsprechend entlohnt werden. Altersarmut sei zur Zeit leider noch weiblich.

Abg. Jeromin-Oldewurtel bemängelte, dass die Prüfung der Auskömmlichkeit der Satzung völlig weggefallen sei. Die Vergütung in den Randbereich sei viel zu niedrig und auch die Mindestpausen könnten nicht eingehalten werden, da der Zeitrahmen zu eng gestrickt sei. Der Lohn für die Arbeit in der Tagespflege dürfe nicht als Zuverdienst gesehen werden. Das Geld des Landkreises solle auch für eine ordentliche Ver-

gütung von Tagesmüttern und nicht nur z.B. für die Erneuerung von Straßen ausgegeben werden. Eine jährliche Überprüfung der Satzung sei unabdingbar.

Abg. Kleinert erklärte, Abg. Jeromin-Oldewurtel spreche mit zwei Zungen. Schließlich hätten die Grünen im Kreisausschuss die Höhergruppierung einer Frau in leitender Position abgelehnt. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** entgegnete, dass man grundsätzlich gegen die pauschale Beförderung bzw. Höhergruppierung von Amtsleitern sei. **Abg. Altmann** ergänzte, dass sie nicht dagegen gestimmt, sondern sich enthalten habe. Zudem wies sie darauf hin, dass die Abg. Kleinert mit ihrer Aussage das Abstimmungsverhalten der Fraktion aus dem Kreisausschuss kundgetan habe.

Abg. Behrends ging auf die Ausführungen des Abg. Warmulla ein, der moniert habe, dass die SPD und die CDU die Satzung schon zu einem früheren Zeitpunkt erhalten hätten. Man habe einen Arbeitskreis gegründet, um sich mit der Satzung auseinanderzusetzen und diese daher von der Verwaltung zugesendet bekommen. Sein Dank gelte der Vertreterin der Regionalgruppe der Kindertagespflegepersonen für ihre Angebot, im Jugendhilfeausschuss über die Arbeit zu berichten. Die Anpassung der Satzung hätte durchaus eher erfolgen müssen, der vorliegende Entwurf sei nun aber der erste Schritt und man müsse auch Kompromisse eingehen. Im Jugendhilfeausschuss sei die Satzung ausführlich diskutiert und die Tagesmütter seien auch mit einbezogen worden. Die SPD stehe auch weiterhin zu ihrer Zustimmung zur Satzung.

Abg. Strömer erklärte, neben dem gesetzlichen Anspruch auf Betreuung in Kindertagesstätten gebe es diesen auch für Tagesmütter und -väter. Diese Wahlmöglichkeit sei durchaus sinnvoll. Beide Angebote müssten finanziell von den Landkreisen und Kommunen getragen werden. Hier würden vor allem die Kosten für Kitas durch die Betreuung mit gut ausgebildeten, fest angestellten Erzieher/Innen zu Buche schlagen. Neben der wichtigen Betreuung der Kinder durch gut ausgebildetes Personal sei auch die Betreuung durch Tageseltern nicht mehr wegzudenken. Denn diese würden zur Verfügung stehen, wenn die Zahl der angemeldeten Kinder die vorhandenen Kitaplätze übersteige. Außerdem seien sie auch zur Stelle, wenn die Kitas schon längst oder noch geschlossen hätten. Solch eine Flexibilität könne das Personal einer gemeindeeigenen Einrichtung nicht leisten.

Der letzte Beschluss zu einer Satzung über die Arbeitsbedingungen sei vor zehn Jahren gefasst worden, erinnerte **Abg. Strömer**. Damit sei es auch zehn Jahre her, dass die Entlohnung nicht angepasst worden sei und dennoch hätten die Tagesmütter und –väter ihre Arbeit nie aufgegeben. Man könne sich daher für die geleistete Arbeit nur bedanken. Die in der vorliegenden Satzung festgehaltenen Arbeitsbedingungen, Entlohnungen und Erstattungen der Sachkosten würden dennoch nicht ausreichen. Der Hinweis auf die angespannte Haushaltslage, auch durch Corona, sei durchaus berechtigt. Dies sei aber nur eine weitere Herausforderung, eine Verbesserung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen zu erwirtschaften.

Abschließend wies **Abg. Strömer** noch darauf hin, dass nach der nicht tarifgerechten Entlohnung der KVHS-Bediensteten und der nicht gerechten Entlohnung der Schulbegleiter nun die Anpassung bei den Tageseltern nachgeholt werden müsse und auch die Anhebung der Entlohnung der Busfahrer bevorstehe.

Abg. Bracklo kritisierte die Eile, mit der die Satzung jetzt durchgewunken werden solle. Es sei äußerst ärgerlich, dass man die Satzung erst so spät zugestellt bekommen habe. Die Berechnungen seien nicht so einfach, wie sie dargestellt worden seien, da jeder Fall individuell betrachtet werden müsse. Der Landkreis stünde ohne die Tages-

eltern schlecht dar. Gerade den Randstunden müsste mehr Beachtung geschenkt werden. Für die Betreuung von Kindern sei in jedem Fall eine angemessene Bezahlung erforderlich.

Abg. Warmulla erklärte, es hätte selbstverständlich jede Gruppe das Recht sich zu informieren. Er habe kurz vor dem Treffen des vom Abg. Behrends genannten Arbeitskreises davon erfahren und habe nach dem Treffen fast jeden Tag bei der Verwaltung nach dem Entwurf der Satzung gefragt, diesen aber erst zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erhalten. Dieses Verhalten sei nicht mehr richtig demokratisch.

Landrat Meinen stellte fest, dass es sich hier um eine hochemotionale Debatte handeln würde. Es wäre keiner im Raum, der den Tageseltern nicht mehr Geld gönne. Er selbst habe sich vor einigen Jahren bei einer Tagesmutter vor Ort informiert und ihr bei ihrer Arbeit über die Schulter geschaut.

Man müsse aber finanziell auch das große Ganze im Blick behalten. Auch die Erhöhung der Entlohnung der Busfahrer sowie die Anpassung der Gehälter der KVHS-Angestellten stehe noch an. Dabei müsse man aber schauen, wie dies alles finanziert werden solle. Selbstverständlich stehe es jedem frei, Erhöhungen zu fordern, ihre Finanzierung müsse aber auch gesichert sein, so **Landrat Meinen**. Man befinde sich gerade mitten in einer Pandemie, die an sich schon eine schwierige Situation darstelle. Eine regelmäßige Evaluierung der vorliegenden Satzung sei jedoch unabdingbar.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ **Vorsitzender Sell** über den Änderungsantrag der Linken abstimmen:

Die Änderungen aus dem Antrag der Fraktion Die Linke. vom 26.09.2020 zur Satzung zur Kindertagespflege werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 4

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann stimmte der Kreistag über den Änderungsantrag der Grünen ab:

Die Änderungen aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.09.2020 zur Satzung zur Kindertagespflege werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 31 Enthaltungen: 1

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend ließ **Vorsitzender Sell** über den Änderungsantrag der Abg. Ubben auf Überarbeitung der Satzung abstimmen:

Die Satzung zur Kindertagespflege wird überarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 2

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII wird zum 01.01.2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 15 Enthaltungen: 4

➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 14 **Satzung zur Aufhebung der Satzung der Landkeis Aurich - Jobcenter kAöR**
Vorlage: IX/2020/177

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung für die kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Landkreis Aurich – Jobcenter (kAöR)".

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 15 **Ernennung eines stellvertretenden Abschnittsleiters für den Brandschutzabschnitt Nord des Landkreises Aurich**
Vorlage: IX/2020/174

Herr Dietmar Helmers, Dornum, wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Abschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt Nord des Landkreises Aurich ernannt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 16 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 21.09.2020; Absage des Brenntages / Osterfeuer 24.10.2020**
Vorlage: IX-AF/2020/029

Abg. Seelgen überreicht Landrat Meinen eine Unterschriftenliste zur Absage des Brenntages. Es handele sich dabei um eine Online-Petition einer Bürgerin aus Großefehn.

Abg. Altmann erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass es in diesem zwei verschiedene Punkte gebe, über die gesondert abgestimmt werden solle.

Abg. Constant erinnerte daran, dass im Frühjahr zugesagt worden sei, das Osterfeuer könne im Herbst nachgeholt werden. Dass die ursprünglichen Osterfeuer abgesagt worden seine, habe man nicht vorhersehen können, die Nachholung sei nun aber nur konsequent. Die Tiere hätten in den letzten Monaten die Feuer als Unterschlupf und Brutstätte genutzt. Es sei aber davon auszugehen, dass viele von diesen Tieren die Haufen mittlerweile wieder verlassen hätten. Trotzdem sei es immens wichtig, die Feuer kurzfristig umzuschichten. Die Brauchtumspflege angepasst an die derzeitigen Regeln solle aber möglich sein. In seiner Gruppe sei man grundsätzlich für das Durchführen der Osterfeuer, da man eine solch lange Tradition nicht antasten wolle. Natürlich gebe es durch das Abbrennen große Umweltbelastungen, diese würden aber auch durch andere Einflüsse hervorgerufen werden. Es sei wichtig, dass man vernünftig mit dem Brenntag umgehe.

Abg. Bracklo erklärte, Tier, Mensch und Umwelt würden unter der Nachholung des Osterfeuers leiden. Die Haufen sollten in den normalen Materialkreislauf zurückgeführt werden. Dafür solle der Landkreis das Schnittgut kostenlos abholen.

Abg. J. Kleen erinnerte daran, dass man hier über das zugesagte Nachholen von Brauchtumsfeuern spreche. Es würden auch jetzt die gleichen Auflagen wie im Frühjahr gelten. Ein Großteil des Schnittguts liege auf landwirtschaftlichen Fläche, die man dringend brauchen würde. Der Bevölkerung sei das Abbrennen gut zuzumuten. Zudem bestehe keine Pflicht, jeder dürfe selber entscheiden, wie er mit dem Brenntag umgehe.

Abg. Feldmann erklärte, man gebe den Grünen völlig recht, dass der Klimaschutz nicht weiter vernachlässigt werden dürfe. Dies sei aber nicht nur eine Erkenntnis der Grünen, sondern aller, die dem Kreistag angehören. Es müsse sofort das Handeln in wirtschaftlichen und politischen Dingen sowie im persönlichen Umfeld geändert werden. Die Forderungen der Bewegung “Fridays for future” müssten wieder Gehör finden. Für die von der Wissenschaft aufgezeigten Möglichkeiten zum Abwenden von “Tipping-Points” blieben bestenfalls 15 Jahre, so **Abg. Feldmann**.

Ein ebenfalls wichtiges Thema sei die Biodiversität. Es komme der Verdacht auf, dass die Grünen für sich alleine in Anspruch nehmen würden, nur sie hätten die dramatische Entwicklung der Klimakrise erkannt. Sie würden versuchen, daraus politischen Erfolg zu generieren. **Abg. Feldmann** erklärte, die in dem heute vorliegenden Antrag enthaltenen Formulierungen seien vergleichsweise einfach gestrickt, um vermutlich Menschen zu erreichen, die sich weniger mit der Materie beschäftigten würden.

Die Fakten beim Vorgehen der Grünen würden aber eine ganz andere Sprache sprechen, so **Abg. Feldmann.** Die Klimakrise sei durch einen immensen Kohlenstoffdioxidausstoß verursacht worden, daran bestünden keine Zweifel. Durch eine Dekarbonisierung ließe sich der Klimakiller CO2 in einem erheblichen Maße einsparen. Die Grünen würden jedoch weder Windenergie- noch Photovoltaikanlagen wollen, dabei könnten diese Technologien zu einer Verringerung des CO2-Ausstoßes beitragen. Man stoße hier also auf taube Ohren. Robert Habeck, der Bundesvorsitzende der Grünen, habe zudem gesagt, er würde auch einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem kein Tempolimit auf Autobahnen festgeschrieben sei. Dabei könne auch dies eine CO2-Einsparung von fast zwei Millionen Tonnen mit sich bringen.

Abg. Feldmann erklärte weiterhin, dass Befürworter von Osterfeuern mit Tierquälern übelster Art auf eine Stufe gestellt würden. Seine Gruppe gehe davon aus, dass die Reisighaufen vor dem Entzünden komplett umgeschichtet würden. Zudem könne

man heute nur einen Grundsatzbeschluss treffen, da der zukünftige Umgang mit Osterfeuern in den Genehmigungsverordnungen der zuständigen Städte und Gemeinden geregelt sei. Unter der Maßgabe des Umschichtens und der Einhaltung der Corona-Regeln sehe man keinen Grund, die Feuer zu verbieten, so **Abg. Feldmann**. Den von den Grünen gestellten Antrag würde die Gruppe mehrheitlich ablehnen.

Abg. Odens erklärte, er habe selber ein Osterfeuer bei sich auf dem Land, welches er schon sehr breit auf seiner Fläche verteilt habe. Die Natur habe bereits jetzt genug von den Haufen gehabt, die natürlich vor dem Abbrennen auch noch einmal umgeschichtet würden. Gerade die Kinder hätten in diesem Jahr schon auf so vieles verzichten müssen, die Brauchtumsfeuer wolle man sich nicht nehmen lassen. Eine kostenlose Abholung des Schnittguts halte er für utopisch.

Abg. Wirsik stellte in Frage, ob die großen Haufen mit Schnittgut tatsächlich umgeschichtet würden. Zudem wisse sie auch nicht, wer die jetzt schon über 650 Feuer beaufsichtigen würden. Außerdem könnten sich nach sechs Monaten auch schon einmal Haufen selbst entzünden. Sie sei gespannt, ob die Regeln tatsächlich eingehalten und sich jeder daran halten würde.

Abg. Warmulla appellierte, dass man auch mit kleinen Schritten und Verhaltensänderungen etwas für den Klimaschutz tun könne.

Abg. Jelken erklärte, er halte eine Umschichtung für realistisch. Wenn man die Haufen nicht abbrennen würde, würden die Entsorgung durch Lohnunternehmen mit großen Treckern und Frontladern erfolgen. Dies sei für die Umwelt auch schädlich, da könne man das Schnittgut besser abbrennen.

Landrat Meinen berichtete, er habe tausende Mails und Anrufe zum Thema Ersatztermin für Osterfeuer erhalten. Scheinbar sei dieses Thema aber nur im Landkreis Aurich so hochgekocht, aus den anderen Landkreises habe man nicht so viel dazu gehört. Die Diskussion sei dabei nicht neu. **Landrat Meinen** wies auf den gemeinsamen Runderlass vom Umweltministerium, Innenministerium und Sozialministerium zum Nachholen von Osterfeuern hin, an den man sich nun halte.

Er habe das Gefühl, es gehe bei der ganzen Diskussion nicht um den Termin, sondern generell um das Thema Osterfeuer, so **Landrat Meinen**. Ihm sei wichtig, dass der Brauchtum erhalten bleibe.

Sodann ließ **Vorsitzender Sell** über die beiden Punkte aus dem Antrag abstimmen:

Der Kreistag beschließt die zeitlich begrenzte Annahme von kostenlosem Baum- und Grünschnitt an den Entsorgungsstellen des Landkreises für einen definierten Personenkreis.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 38 Enthaltungen: 1

➡ mehrheitlich abgelehnt

Der Kreistag beschließt die Absage des Brenntages/Osterfeuers am 24.10.2020.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 38 Enthaltungen: 1

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 17 **Bericht des Landrates**

TOP 17.1 **Endlagerung von Atommüll**

Landrat Meinen wies bezüglich der Endlagerung von Atomkraftmüll darauf hin, dass 54 % des Bundesgebietes dafür in Frage komme und auch in Ostfriesland einige Flächen brauchbar seien. Man werde sich intensiv mit der Thematik auseinandersetzen und dies im Ausschuss für Kreisentwicklung besprechen.

TOP 17.2 **Aktuelle Corona-Entwicklung**

Landrat Meinen berichtete, man habe das Schichtmodell in der Verwaltung bis zum 31.01.2021 verlängert. Dazu sei auch eine Richtlinie zum Umgang mit Home-Office und Schichtbetrieb erarbeitet worden.

TOP 17.3 **Corona-Tests an der Waldorfschule**

Im Rahmen der durchgeführten Corona-Tests an der Waldorfschule in Aurich hätten den Landkreis unzählige Mails mit teilweise extremen Inhalten erreicht, so **Landrat Meinen**. Diese seien überwiegend von Menschen außerhalb des Landkreises versendet worden und man werde mindestens zehn Strafanzeigen stellen. Viele Mails würden verdeutlichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger zu wenig informieren würden. Das Team des Gesundheitsamtes leiste hervorragende Arbeit und sei auch noch einmal weiter aufgestockt worden.

TOP 17.4 **Aufnahme von Flüchtlingskindern**

Landrat Meinen berichtete, dass man zwei Mädchen im Alter von 9 und 16 Jahren aus dem abgebrannten Flüchtlingslager in Moria aufgenommen habe. Im Haus Nazareth seien zudem noch mehr Kapazitäten verfügbar, sodass man weitere Kinder aufnehmen könne. Dies sei ein Akt der Humanität.

TOP 17.5 Parteiarbeit in der Kreisverwaltung

Abg. Roß fragte, ob es richtig sei, dass in den Diensträumen der Kreisverwaltung Parteiarbeit betrieben werde.

Landrat Meinen erklärte, dass er hiervon nichts wüsste. Bei etwaigen Verstößen würden arbeitsrechtliche Schritte geprüft werden.

TOP 17.6 Kernkraftwerk Eemshaven

Abg. Roß fragte, ob es richtig sei, dass in Eemshaven ein Atomkraftwerk gebaut werden solle.

Landrat Meinen erklärte, er wisse von diesen Plänen und man werde sich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Zu diesem Thema habe er auch dem NDR ein Interview gegeben.

TOP 18 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 19 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

TOP 19.1 Hygienekonzept bei Kreistagssitzung

Abg. Albers bemängelte das Hygienekonzept bei den Kreistagssitzungen. Viele Abgeordnete würden beim Gang durch den Raum keinen Mund-Nasen-Schutz tragen. Die Verwaltung wäre dafür zuständig, das Hygienekonzept durchzusetzen.

TOP 19.2 Durchführung einer Haushaltsklausur

Abg. Jeromin-Oldewurtel forderte, möglichst schnell eine Haushaltsklausur durchzuführen. Dort müsse geschaut werden, wo noch Einspar- und Umverteilungspotential bestehe.

TOP 19.3 Verkehrsanbindung der Zentralklinik

Abg. Roß erklärte, er sei erstaunt über die Berichterstattung zur geplanten Verkehrsanbindung der Zentralklinik gewesen. Er kritisierte, dass die Änderungen nicht kommuniziert worden seien, obwohl Herr Eppmann und Frau Dr. Gesang davon gewusst hätten.

Baudezernent Ahten erklärte zur Verkehrsanbindung der Zentralklinik, dass die Pläne nicht gänzlich neu seien, diese habe man schon im Jahr 2015 überlegt. Die Alternativen seien ausgelotet worden und würden nun ausgeschrieben. Die Vorentwürfe sollten zudem der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

TOP 19.4 **Bundesweiter Warntag**

Abg. Roß bemängelte den nicht geglückten bundesweiten Warntag, an dem alle Sirenen hätten heulen müssen. Dies habe überhaupt nicht funktioniert. In Emden seien zudem noch Sirenen aufgebaut, in Aurich aufgrund von Folgekosten schon nicht mehr. Der Landrat sei gefordert, sich in Hannover für vernünftige Alarmierungssysteme stark zu machen, da diese auch u.a. für den Küstenschutz von großer Bedeutung seien.

Landrat Meinen erklärte dazu, dass man den Ablauf des Warntages evaluieren und entsprechende Konsequenzen daraus ziehen werde.

TOP 20 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Sell schloss um 19:21 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

gez. Meinen	gez. Sell	gez. Habicht
Landrat	Vorsitzender	Protokollführerin